

Die Friedensgarantien.

(Nachdruck verboten.)

Herr Tardieu, der Auslandsredakteur des „Temps“ und ein fähigster Herr, hat sich in der letzten Nummer des „Mats“ über die Frage ausgelassen, ob und inwiefern Europa in der Zukunft auf Frieden hoffen kann oder den Krieg befürchten muß. Er hat folgenden die allgemeinen Friedensgarantien einer Prüfung unterzogen.

Herr Tardieu glaubt nicht, daß ein europäischer Krieg zu befürchten ist:

1. weil es in Europa keine einzige Regierung gibt, die den Krieg will;
2. weil seit 30 Jahren, d. h. seitdem die noch bestehenden diplomatischen Konstellationen sich gebildet haben, der europäische Friede erhalten wurde, obwohl man die präzisesten Gelegenheiten zum Krieg gehabt hätte;
3. weil die diplomatische Zusammenfassung Europas den Krieg kaum fürchten läßt oder, um deutlicher zu sprechen, diese Zusammenfassung beruht auf dem Friedenstränge den Kriegskräfte überlegen sind;
4. weil die Notwendigkeit Europas verbraucht ist — und weil schließlich
5. unter den Großmächten gänzliche Ungewißheit über den absoluten und relativen Wert ihrer militärischen Einrichtungen herrscht.

Was Herr Tardieu unter Punkt 4 versteht, ist etwas dunkel, wird aber durch die Erläuterung, die er seinen einzelnen Thesen folgen läßt, klar. Zu Punkt 4 schreibt er: „Da man seit sehr langer Zeit nicht mehr Krieg führen konnte, suchte man, indem man den Frieden wahrte, seine Interessen nach Art der Würfelspieler zu verteidigen: durch den blauen, blauen in der Marokko-Affäre, blauen beim Kongokonflikt, blauen in der orientalischen Frage! Man fängt an, indem man erklärt, daß man in nichts nachgeben wird, — und man endet, indem man sich verlegt. Das Resultat ist, daß unsere Nation schon sehr viel vertragen und nicht mehr das plötzliche Ergriffen von ebendem kennen.“

Man wird nicht behaupten können, daß diese fünf Punkte wesentlich neue Wahrheiten bringen. Sie sind ein wenig trivial. Auf demselben ist nicht trivial, fast, steht ihre Richtigkeit nicht auf altem festem Boden. Was uns an ihnen interessiert, ist indessen das spezifisch französische. Es ist wirklich die Art, wie die vernünftigen und ruhigen Franzosen — Herr Tardieu schreibt für eine deutsche Zeitschrift und muß sich also als ein vernünftiger und ruhiger Franzose gebären — die europäischen Dinge ansehen. Punkt 1, 2 und 5 enthalten nichts Besonderes. Punkt 3 enthält die für den Franzosen charakteristische Formel. Frankreich stellt, seit es die Hegemonie in Europa verloren hat, alles auf die Formel des Gleichgewichts. Als Frankreich noch die Hegemonie hatte, wollte es nichts von diesem Gleichgewicht wissen. Seit dem Aufstieg des stärkeren von ihm unterdrückten Deutschlands hat es diese Formel erfunden. Seit dieser Zeit ist das Gleichgewicht ein europäisches Interesse. Jeder Franzose glaubt, daß Deutschland sofort über Frankreich herfallen würde, wenn es stärker wäre. Fällt Deutschland nicht über Frankreich her, so ist das nur deshalb, weil entweder Frankreich selbst oder aber seine Freunde und Verbündeten stärker sind als Deutschland. Anders kann der Franzose nicht argumentieren. Daß das auch das Argument des Herrn Tardieu ist, geht aus seinen weiteren Ausführungen hervor. Damit nämlich der Friede auch ferner ungefährdet bleibe, meint Herr Tardieu, ist folgendes nötig:

1. daß die diplomatischen Systeme bleiben wie sie sind, ohne Hintergedanken, sich gegenseitig auseinanderzubringen;
2. daß die militärische Macht nirgends geschwächt wird, weil sonst die Verletzung für die Starken, über die Schwachen herzufallen, zu groß wäre.

Der Franzose kann sich eben nicht enthalten, in der Tatsache, daß der Frieden erhalten bleibt, einen Beweis der Stärke Frankreichs zu sehen. Es wird wieder einmal klar, daß es für Deutschland kein Mittel gibt, der französischen öffentlichen Meinung zu beweisen, daß Deutschland den Frieden will. Wenn Herr Tardieu rechnet und über den Zustand des russischen Heeres Bescheid weiß, muß er sich sagen, daß die Situation für die Zentralmächte zurecht außerordentlich günstig ist und Oesterreich trotzdem nur das Selbstverständliche verlangt, Deutschland trotzdem für den Frieden gewirkt hat. Aber das sagt er sich nicht.

Deutsches Reich.

Die Vertreter der großen Detailistenverbände im Reichshandelsrat und ihre Stellung zum Petroleummonopol.

Ueber den Empfang einer A. B. Ordnung von Vertretern der deutschen Mittelstandsverbände aus allen Teilen des Reiches im Reichshandelsrat erzählt die „Deutsche Journalpost“ folgendes: Die Deputation, welche die Wünsche des Kleinhandels zum Reichs petroleummonopol zum Vortage zu bringen hatte, legte sie folgendes zusammen: Vom Reichsdeutschen Mittelstandsverband Dr. Eberle (Wolffen) und Generalsekretär Ludwig Fahrenbach (Leipzig), von der Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe Kaufmann D. Linde (Berlin), vom deutschen Zentralverband für Handel und Gewerbe Stadtrat Hugo Seiffert (Leipzig), vom Verband der Rabattparacener Deutschlands Kaufmann C. A. Hillmann (Wremen), von dem Verband deutscher Kaufmännischer Genossenschaften Kaufmann Bornmann (Berlin). Vom Reichshandelsrat wurde die Abordnung empfangen durch Unterstaatssekretär Fahn und Regierungsrat Dr. Reffner.

Unterstaatssekretär Fahn begrüßte im Auftrage des durch parlamentarische Arbeiten verhinderten Reichshandelssekretärs die Erschienenen, und versicherte, daß der Herr

Reichshandelssekretär den Wünschen der Detailisten mit dem größten Wohlwollen gegenüberstehe.

Bürgermeister Dr. Eberle brachte sodann die Wünsche der vereinigten Detailistenverbände zum Ausdruck. Bezüglich der Ausgestaltung der Petroleumgesellschaft verwies er auf die von den Detailistenverbänden gemeinsam herausgegebene Broschüre „Petroleummonopol und Detailhandel“ und besonders auf den unter Abschnitt C gemachten Vorschlag einer gemischt-wirtschaftlichen Petroleumgesellschaft, in der den Detailisten ein maßgebender Einfluß eingeräumt werden möchte.

Unterstaatssekretär Fahn erwiderte, der Reichsregierung seien diese Beirathungen durchaus sympathisch. Den Vorklagen aus Detailistenkreisen habe er entnommen, daß die Kleinhändler jedem Aufbau der Petroleumgesellschaft zustimmen, der ihnen einen maßgebenden Einfluß sichere. Er bedauere nur, daß die Broschüre der Detailistenverbände den Eindruck aufkommen lasse, als habe das Reichshandelsamt anfänglich die Interessen des Detailhandels zu wenig berücksichtigt. Das sei nicht richtig, vielmehr sei die Vorlage gerade auch im Interesse des Kleinhandels eingebracht. Wenn das Reichshandelsamt nicht von sich aus in dem Entwurfs eine aktive Beteiligung der Detailisten an der Petroleumgesellschaft vorgezogen habe, so sei die Ursache darin zu suchen, daß es eine einheitliche Vertretung der Detailisten nicht gegeben habe und deshalb die Regierung vor der Veröffentlichung ihrer Vorlage nicht habe wissen können, ob die Detailisten überhaupt zu einer solchen Beteiligung bereit seien. Das sei jetzt anders geworden, nachdem der Beweis erbracht sei, daß die im Rahmen des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes bestehenden Detailistenverbände von sich aus die Ausführung des Unternehmens betrieben. Selbstverständlich sei die vielfach vorbereitete Behauptung, die Reichsregierung habe bei Aufstellung ihres Entwurfs sich von Rücksichten auf die Banken oder auf irgend eine Bankengruppe leiten lassen, total falsch.

In der Aussprache, die sich hieran knüpfte, äußerten sich alle Redner in zustimmendem Sinne. Sie brachten zum Ausdruck, daß das Privatmonopol der Amerikaner ganz sicher kommen müsse, wenn das Reichsmonopol scheiterte. In einem solchen Falle würden sich die Verhältnisse für den Kleinhandel sowohl wie für die Konsumenten ganz bedeutend verschlechtern. Man habe von interessierter Seite insofern das falsche Gefühl erweckt, als wolle die Regierung etwas gegen den Kleinhandel unternehmen. Hier müsse größere Aufklärung geschaffen werden. Was nun die Aufbringung der auf dem Kleinhandel entfallenden Summe für die Petroleumgesellschaft anbelange, so sind alle Bestreben der Meinung, daß sie sicher aufgebracht werden kann. Man müsse nur zur Organisation und Durchführung der Zeichnungssaktion den Detailistenvereinigungen genügend Zeit lassen.

Unterstaatssekretär Fahn gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Rührer der maßgebenden Detailistenverbände so einmütig dem Grundgedanken der Regierungsvorlage zustimmen. Die Herren der Deputation könnten versichert sein, daß die Regierung die Wünsche der Detailisten, soweit dies möglich sei, berücksichtigen werde. Bezüglich der Ausführung über die Notwendigkeit des gesetzgeberischen Eingreifens könne es nur erwünscht sein, wenn die Detailistenverbände hierbei die Regierung tatkräftig unterstützen.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags

fürhte gestern eine längere Erörterung über die Verhältnisse der Seefischerei, zu deren Förderung der bisher mit 375 000 Mark dotierte Fonds auf eine halbe Million erhöht wird.

Eine Resolution der Sozialdemokraten ergreift die veränderten Verhältnisse um neue Berechnungen über die Belastung des Reiches und der Verhältnisse aus der Sinterz-liebenanversorgung. Es sollen dabei die bis jetzt gemachten Erfahrungen über die Häufigkeit der Rentenbewilligung, die Höhe der erparten Beitragserstattungen und der Erträge aus der zur Durchführung der Hinterbliebenenversorgung herbeigeführten Beitragserhöhung mit berücksichtigt werden. Die Resolution verlangt für den Fall, daß diese Neuberechnungen die Möglichkeit höherer Renten ergeben sollten, als in den entsprechenden Paragraphen des vierten Buches der Reichsversicherungsordnung vorgesehen sind, eine entsprechende E. B. O. Änderung der Renten. Ministerialdirektor Capra hält es für bedenklich, nach den Erfahrungen eines einzigen Jahres Gesetzesänderungen vorzunehmen oder vorzubereiten. Man müße auch mit nachträglichen Anordnungen und Forderungen rechnen, die den Ergebnissen des ersten Jahres hinzuzurechnen werden müssen. Nach der Vorchrift der Reichsversicherungsordnung soll eine Nachprüfung von 10 zu 10 Jahren stattfinden; hierauf solle man sich beschränken. Die Umstände und das Zentrum forderten aber doch eine frühere Nachprüfung; daß die bisherigen Schätzungen sich als unrichtig erwiesen haben, richte man einmal nach. Volksrecht und Nationalität seien, wie von den Sozialdemokratischen Resolutionen zum Ausdruck kommen, die Erfahrungen von 1913 noch mit berücksichtigt werden; die Sozialdemokraten stimmen zu, das Zentrum dagegen forderte eine sofortige Nachprüfung. Die Resolution wurde schließlich unter Witaufnahme des Jahres 1913 einstimmig angenommen, dagegen der Zentrumsantrag auf sofortige Vornahme einer Statistik abgelehnt. In dem Verlaufe der Erörterung vom Regierungsvertreter aufgestellte Behauptung, daß die Ueberhörschüsse der Witwen- und Waisenversicherung zur Herabsetzung der Altersgrenze verwendet werden sollten, wurde von den Rednern sämtlicher Parteien zurückgewiesen. Die etwaigen Ueberhörschüsse sollen vielmehr verwendet werden zur Erhöhung der Witwen- und Waisenrenten.

Von sozialdemokratischer Seite wurde Beschwerde erhoben über die rigorose Anwendung des Invaliditätsbegriffs, besonders in Schlesien. Demgegenüber verwies der Regierungsvertreter auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Durchführung der Versicherung. In diesem Zusammenhang wurde sich ein Vertreter des Zentrums gegen die zurzeit insofern betriebene Diskreditierung der deutschen Versicherungsorganisation, wie sie besonders auch von Professor Ludwig Wernhard betrieben werde, der eine Vorlesung hielt für die junge Beamtenenschaft, falls über die Gefahren der deutschen Versicherungsorganisation. Auf der Regierungsvertreter bedauerte, daß die Ausführungen dieses Gelehrten vielfach ungerichtet seien, doch lasse sich dagegen am

tlich nichts machen. Selbstverständlich dürfe man nicht in jedem Rentenansucher einen Simulanten sehen. An der gleichmäßigen und gerechten Verteilung der Renten haben aber die Arbeiter selbst ein Interesse.

Von sozialdemokratischer Seite lag schließlich eine Resolution vor, die um eine Novelle ersucht auf Milderung des Gesetzes über die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften. Die Leistungen sollen erhöht werden. Es wurden Bedenken wegen der Schwierigkeit der Durchführung erhoben, indes allseitige Sympathie für die Erhöhung der Unterstützung ausgesprochen. Der Antrag wird beim Militäratet neu eingebracht werden.

Kunst und Wissenschaft.

Gerhart Hauptmann in französischer Beleuchtung.

Die literarische Entwicklung Gerhart Hauptmanns ist das Thema einer kritischen Studie, die Olivier Bourneac in der Revue „Le Temps present“ dem deutschen Schriftsteller widmet.

„Die ruhige Heiterkeit“, führt der Verfasser aus, ist gerade die Eigenschaft, die Hauptmann am meisten fehlt und nach der er sich sehnt. Wenn er diesem Seelenzustand zu überlegen Bedeutung beilegt, so geschieht das, weil er diesen Zustand entdecken muß; nichts ist ja dem Menschen natürlicher, als das besonders hoch einschätzende, das er nicht besitzt und gern besitzen möchte. Hauptmann ist vor allem ein Unruhiger, ein Bestimmter, einer von denen, für die das „Leid der Welt“ vorhanden ist. Und dieses Gefühl der Unruhe führt ihn ganz von selbst dazu, diejenigen zu lieben, die wie er inmitten der aufregenden Unruhe dieser Erde leben: die Armen, die Elenden, die Entwerteten, kurz alle, die da dulden, sich abrackern und leiden unter irgend einem „Schick“ in diesem „Zaf der Tränen“ dem Leben hängen. Er ist endlich, vielleicht eben auf Grund seiner Unruhe, über die Wesen jedem Eindruck zugänglich und läßt sich vom Strom der verschiedensten Einflüsse treiben, denen seine nachteilige und krankhafte Sensibilität nur allzu leicht unterliegt. In dieser Unruhe, diesem Mitleid und dieser Empfindlichkeit wohnt die Seele Hauptmanns, und sein ganzes Werk erklärt sich daraus. Unter dem literarischen Gesichtswinkel gesehen, entbehrt andererseits Hauptmann Temperament der Erfindung, der Phantasie, der schöpferischen Kraft und der Fruchtbarkeit, dafür besitzt er aber eine ungewöhnlich scharfe Beobachtungsgabe und die Kunst, das, was er erfaßt, lebendig wiederzugeben. Seine untrügliche Treffsicherheit ist bewundernswert. Mit wenigen Strichen vermittelt er uns einen Wirklichkeitsabdruck, wie ihn uns nur die größten Meister verschaffen. Und das genügt wahrlich, ihm die eigenartige Wahl seiner Sujets, die Art, wie er sie behandelt, seine Bühnentechnik, in einem Wort: die Form und literarische Psychognomie seiner Werke zugute zu halten.“

Der bekannte thüringische Dialektforscher, Hauptlehrer Gerloff, ist am Mittwoch nach schwerer Krankheit in Koblenz gestorben.

Eine wichtige bibliographische Entdeckung ist kürzlich, der „Kof. Ztg.“ zufolge, von Dr. R. K. Schuller in der College-Bibliothek der Harvard Universität in Cambridge, Mass., gemacht worden. Unter den Schriften, die sich auch auf die Sprachen der südamerikanischen Indianer beziehen, fand er ein Fragment eines Buches in der Sprache der Mikanpac-Indianer von Cayo in der argentinischen Republik, gebracht in Lima im Jahre 1807, gefaltetes von dem berühmten schottischen Missionar, Seelenpastor Luis Valdivia, Obmann Historiker darauf hinwies, merkt das Buch bis jetzt den Bibliographen unbekannt und wurde für verloren gehalten oder gar als bibliographischer Mythos angesehen. Es ist das einzige Buch, das bis in der längst erloschenen Mikpac-Sprache gedruckt ist, die beiden in der Harvard Universität gefundenen Blätter bilden die einzige Quelle für die Kenntnis dieser Sprache. Eine kritische bibliographische Notiz von Dr. Schuller wird in der Zeitschrift des Zoologischen Museums erscheinen.

Das Ehrenkomitee der Deutschen artistischen Expedition trat Sonntag vormittag in der Wohnung des Führers der Spitzbergen-Expedition, Leutnants Schröder-Stranz, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um über die Mittel und Wege zu beraten, durch welche den als verfallenen geltenden Mitgliedern der Expedition Hilfe gebracht werden könnte. An der Sitzung nahmen teil: Freiherr v. Breitenburg, der Hofmarschall des Herzogs von Sachsen-Altenburg, der zu den Protectoren des Unternehmens gehört; Major Dr. Ang v. Barlow, Prof. Dr. Vianca, Geheimrat Dr. Metzke, Prof. Dr. Engler, der Abteilungsleiter der Hamburger Seemarte Dr. Schad, Rittmeister von Frankeberg und Lubwigsdorf vom Vorstand des Kaiserl. Zoologischen Museums, Geheimrat Arnehold, der Direktor der Treptower Sternwarte; Prof. Dr. Waner, Kapitän Waldemar Berg, dem die Rettung der aus Deutschland abgehenden Hilfsexpedition übertragen werden soll und der ein vorzüglichster Kenner der Verhältnisse im Eismeer ist; ferner Frau Vizepräsidentin und der Bruder des Leiters der deutschen Spitzbergen-Expedition, Herr Schröder-Stranz. Die Verhandlungen zogen sich sehr in die Länge, da bei dem Mangel an präzisieren Nachrichten über das Schicksal der Verfallenen und der Unmöglichkeit, innerhalb der nächsten Tage Klarheit zu erlangen, es schwer fiel, endgültige Entscheidungen zu treffen. Es wurde deshalb zunächst beschlossen, durch die Tagesleistungen einen Aufzug an die deutsche Öffentlichkeit zu erlangen, mit der Bitte, durch freundliche Spenden die Ausführung einer Hilfsexpedition halbigst zu ermöglichen, die von einem deutschen Schiff ausgehen und Hand in Hand mit einer zweiten arbeiten will, die von der Adventsbarge auf Spitzbergen aus über Land zu den Verunglückten vorzubringen versuchen soll, sobald die Witterung es erlaubt. Das Ehrenkomitee der Artistischen Expedition ist der Ueberzeugung, daß die die bewährte Opferwilligkeit des deutschen Volkes hier erst recht nicht verlagert wird, wo es sich nicht um eine Hilfsaktion für das Ausland, sondern für ein nationales Unternehmen von großer Bedeutung handelt, und man darf annehmen, daß es sich in seiner Erwartung nicht getäuscht haben wird. Allerdings ist schmerzliche Hilfe nur, wenn die geplante Hilfsaktion von dem Ertrage begleitet sein soll, den unterwegs liegen gebliebenen Mitgliedern der Schlittenexpedition, die wohl am meisten gefährdet sind, das Leben zu retten und die Besatzung des eingetrunkenen Expeditionsschiffes „Sorgo Ernst“ zu befreien.

